



Interviews

22. Januar 2024

Silvia Engels im Gespräch mit **Nils Schmid**

Silvia Engels: Am Telefon ist Nils Schmid. Dort wollen wir das Thema noch einmal vertiefen, was gerade am Ende anklang, nämlich die Überlegung für eine eigene EU-Militärmission im Roten Meer. Nils Schmid ist der Obmann der SPD im Auswärtigen Ausschuss. Guten Morgen!

Nils Schmid: Guten Morgen, Frau Engels.

Engels: Die Rede ist von insgesamt drei Kriegsschiffen, deutsche Beteiligung, belgische, gegebenenfalls niederländische, dazu Hubschrauber und Drohnen. Sind das die Eckdaten, die Sie auch erwarten?

Schmid: Ich kenne die Eckdaten noch nicht, aber klar ist, dass wir aus der EU die Schiffe und das Personal zusammenbekommen müssen, das für die Lage am Roten Meer geeignet ist, Schiffe mit Luftabwehrfähigkeiten, und da kann in der Tat Deutschland einen Beitrag mit einer Fregatte leisten.

Engels: Was kann ein solcher Einsatz bewirken, denn es heißt ja auch, die deutsche Fregatte, wenn sie dabei ist, soll jetzt nicht Huthi-Stellungen an Land angreifen. Es geht um die Abwehr von Drohnen und Raketen?

Schmid: Genau darum geht es. Es geht um die Sicherung der internationalen Schifffahrtswege durch das Rote Meer, die auch für die Wirtschaft in Europa besonders wichtig ist, und es geht militärisch darum, den Huthi-Rebellen Grenzen aufzuzeigen, dass sie nicht diese Verkehrswege immer wieder erneut stören können. Es geht aber auch für die EU darum deutlichzumachen, dass sie bereit ist, in der unmittelbaren Nachbarschaft Europas Verantwortung für Sicherheit und Stabilität zu übernehmen, aber dies alles im Bewusstsein, dass militärische Aktionen die politischen Konflikte

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

innerhalb des Jemen nicht lösen können. Seit 20 Jahren gibt es Militärschläge aus der Luft. Es gab unter Präsident Obama einen Drohnenkrieg im Jemen. All das hat die politischen Verwerfungen im Land nicht lösen können. Mindestens genauso, wie wir jetzt für die Marinemission eintreten, sollten wir die UN-Bemühungen zu einer Verhandlungslösung im Jemen unterstützen. Mit Militär alleine kommt man da nicht weiter.

Engels: Die Huthi-Rebellen selbst, die ja vom Iran unterstützt werden, sagen auch, sie würden sich nicht von ihrem Verhalten, auch Handelsschiffe zu attackieren, durch das bisherige Eingreifen der US-geführten Allianz abschrecken lassen. Läuft man hier auch von der EU dann Gefahr, diesen Konflikt eher zu verschärfen als zu deeskalieren?

Schmid: Genau darum geht es ja, das richtige Maß zu finden. Deshalb ist der Charakter der Mission so ausgerichtet, dass man die Handelswege schützt, aber jetzt nicht eine groß angelegte Militäroperation gegen die Huthi-Rebellen innerhalb des Landes angeht. Denn eines ist klar: Die Huthi-Rebellen nutzen jetzt die Militäroperationen Israels im Gaza, um sich außenpolitisch als Unterstützer der Palästinenser zu inszenieren. Zum ersten Mal verfolgen diese Huthi-Rebellen eine große außenpolitische Agenda. Das ist ihnen quasi auf dem Silbertablett serviert worden. Und wir werden das erst dann unterbinden können, wenn auch die Auseinandersetzung zwischen Israel und Hamas beendet ist und eine politische Lösung im Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern gefunden ist. Solange dieser Konflikt weiter schwelt, wird eine Gruppe wie die Huthis oder werden terroristische Gruppen wie Hisbollah immer einen Anlass finden, Israel oder auch westliche Staaten und Militäreinrichtungen anzugreifen.

Engels: Dann schauen wir noch einmal mehr auf das, was über diese EU-Marinemission im Roten Meer schon bekannt ist. Die Frage, die sich für den Beobachter stellt, ist ja die, warum man hier eine eigene Mission auf die Beine stellt und sich nicht der schon bestehenden Marineallianz unter Führung der USA und Großbritanniens anschließt. Hier könnte man doch eine viel größere Geschlossenheit des Westens demonstrieren.

Schmid: Die Geschlossenheit würde ja gerade dadurch demonstriert, dass die EU jetzt ebenfalls mit einer Mission sich beteiligt.

Engels: Aber eben nicht vernetzt.

Schmid: Es ist abgestimmt, aber nicht unter einem formalen Dach. Aber es ist ganz wichtig, dass die EU als eigenständiger politischer und, wenn notwendig, auch militärischer Akteur in dieser Region auftritt. In der Vergangenheit waren es wenn, dann einzelne EU-Staaten, die schon im Golf eine Militärpräsenz unterhalten, wie zum Beispiel Großbritannien oder Frankreich. Jetzt macht das die EU. Das ist ein wichtiges Signal und es wird selbstverständlich mit der amerikanisch geführten Mission abgestimmt. Aber noch mal: Entscheidend ist – und das wissen auch die Amerikaner -, wir werden dort nur Ruhe bekommen, wenn wir erstens den Gaza-Krieg beenden und wenn wir zweitens die politischen Konflikte innerhalb Jemens beenden. Sonst drehen wir uns da im Kreis, wie es ja seit 20 Jahren im Jemen der Fall ist, und in diesen 20 Jahren sind die Huthi-Rebellen immer stärker geworden.

Engels: Aber liegt nicht, auch wenn Sie jetzt sagen, es ist abgestimmt mit den Amerikanern, der Kern für diese eigene Mission auch darin, dass die EU in sich überhaupt keine sehr geschlossene Haltung zum Nahost-Konflikt hat und auch zum Beispiel in Teilen der EU eine sehr viel israelkritischere Haltung verfolgt wird als beispielsweise durch die USA? Ist es dann doch wieder auch ein Zeichen der Schwäche, was die Gespaltenheit der EU gerade in der Nahost-Frage noch mal mehr dokumentiert?

Schmid: Für die EU-Mission im Roten Meer selber gibt es eine große Geschlossenheit und es ist in der Tat so, dass der defensive Charakter dieser Mission stärker ausgeprägt ist als bei der amerikanischen, und das ist eine Lehre aus dem Scheitern des amerikanischen Drohnenkrieges und des saudischen Luftkrieges gegen die Huthi-Rebellen. In der Nahost-Frage selber gehen die Meinungen in eine gewisse Bandbreite, aber die EU-Mitgliedsländer sind sich einig, dass neben der berechtigten Bekämpfung des Terrorismus durch Israel wir eine politische Perspektive brauchen, und das ist eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung. In diesem Punkt ziehen die EU-Mitgliedsländer an einem Strang und das ist auch in dieser Phase besonders wichtig.

Engels: Größter Unterstützer der Huthis ist bekanntlich der Iran. Ist es nicht inkonsequent, nun gegen die Huthis stärker vorzugehen, andererseits aber von der EU nicht alle Sanktionsmittel gegen den Iran auszuschöpfen?

Schmid: Der Iran ist ein schwer sanktionierter Staat. Die EU hat auch die Sanktionen gegen Iran immer weiter ausgeweitet, insbesondere auch im Zusammenhang mit der brutalen Unterdrückung der Freiheitsbewegung.

Engels: Aber man hält sich nach wie vor Kontakte und Wege offen.

Schmid: Ja! Diplomatie geht nicht ohne Kontakte und Iran ist nun mal da. Iran hat eine extrem destruktive Rolle in der Region seit vielen Jahren. Deshalb geht es darum, den Iran einzudämmen und auch gegen Rebellen und Terrororganisationen, die vom Iran unterstützt werden, finanziert werden, ausgerüstet werden, vorzugehen. Das Beste, was man dazu beitragen kann, ist, dass man die Staaten in der Region stabilisiert, denn der Iran ist ja nicht einfach so in den Jemen eingeladen worden, sondern er ist vor allem deshalb da rein, weil der jemenitische Staat zerfallen ist in einen Bürgerkrieg. Deshalb müssen wir nicht nur auf den Iran schauen, sondern die Region insgesamt stabilisieren.

Engels: Dann die letzte Frage mit dem Blick zurück nach Deutschland, denn zu dieser EU-Mission, wenn sich eine deutsche Fregatte beteiligen sollte, muss der Bundestag zustimmen. Wann erwarten Sie hier die konkreten Informationen darüber, damit das alles zeitnah passiert?

Schmid: Sobald die EU das Mandat definiert hat, werden wir im Deutschen Bundestag die Voraussetzungen dafür schaffen, das Mandat des Parlaments zur Abstimmung zu bringen. Realistischerweise, wie in dem Bericht gehört, wird das in der zweiten Februarhälfte der Fall sein. Wir haben nach Fasching Sitzungswoche im Deutschen Bundestag und wenn die Bundesregierung einen Mandatsentwurf vorlegt, wird der Bundestag sehr schnell das Mandat verabschieden, denn sowohl in der Ampel wie auch mit der wichtigsten Oppositionspartei CDU/CSU besteht Einigkeit darüber, dass Deutschland sich an einem solchen Mandat beteiligen sollte.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder.
Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews
und Diskussionen nicht zu eigen.*